



1. Wie wollen Sie die Patientenversorgung im Bereich der Therapieberufe regional, insbesondere in ländlichen Gegenden, sicherstellen, vor allem in Kontext mit der anstehenden Krankenhausreform und der Patientenversorgung nach ambulanten Operationen? Welche Maßnahmen planen Sie, um dem Fachkräftemangel entschieden entgegenwirken und die Patientenversorgung zu sichern?

Der Fachkräftebedarf in den Therapieberufen ist auch in Hessen deutlich spürbar. Nahezu alle Praxen haben lange Wartelisten für Patient*innen, da offene Stellen nicht oder erst spät besetzt werden können. Die Kliniken stehen vor dem selben Problem, qualifizierte Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen und Physiotherapeut*innen zu gewinnen.

Antwort:

Eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sowie eine gute Notfallversorgung sind für uns wichtige Daseinsvorsorge. Allen Menschen in Hessen – sowohl auf dem Land als auch in der Stadt - muss die notwendige Gesundheits-Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dafür ist es erforderlich, dass ambulante und stationäre Angebote stärker ineinandergreifen und die Zusammenarbeit gestärkt wird. Diese bedarfsgerechten Angebote wollen wir mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen.

Gemeinsam mit den Kommunen ist es unser Ziel eine leistungsfähige und erreichbare Krankenhausversorgung für alle zu sichern. Den Landes-Krankenhausplan werden wir auch mit Blick auf die integrierte Bedarfsplanung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung überarbeiten, sowie die Investitionsmittel weiter erhöhen. Nicht jedes Krankenhaus muss alles machen, aber, wenn es drauf ankommt, muss ein Krankenhaus für alle schnell erreichbar sein.

Zum Erhalt einer wohnortnahen, flächendeckenden und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung wollen wir bedarfsgerechte Angebote mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen. Wir fördern im Besonderen die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum. Wir wollen die hausärztliche Versorgung sichern und stärken, sowie in unterversorgten Gebieten die Nachbesetzung attraktiver gestalten. Es braucht zudem eine flächendeckende und gezielter gesteuerte fachärztliche Versorgung.

Durch gut erreichbare Gesundheitszentren und ergänzende mobile Praxen stärken wir eine niedrighschwellige Gesundheitsversorgung in ganz Hessen. Ebenso unterstützen wir das Angebot von Gemeindepfleger*innen bzw. von Community Health Nurses (CHN). Genügend Medizinstudienplätze, die Landarztquote und weitere Anreize für eine Ausbildung in Gesundheitsberufen sind wichtige Voraussetzungen, um eine umfassende gesundheitliche Versorgung überall in Hessen aufrechterhalten zu können.

Im Rahmen des „Bündnis Fachkräftesicherung Hessen“ werden wir einen Fachkraftsicherungspakt auf den Weg bringen. Die vom Land geförderten Fort- und Weiterbildungsangebote werden wir kontinuierlich an die Anforderungen des

Wirtschaftswandels anpassen und weiterentwickeln. Zu der Fachkräfteoffensive zur Personalgewinnung und –Ausbildung gehören vereinfachte Zugänge zu den Berufen, Quereinsteiger*innen- und Qualifizierungsprogramme sowie eine schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen. Wir setzen einen Schwerpunkt darauf, dass alle Jugendlichen eine gute Ausbildung erhalten und anschließend einen Weg in das Arbeitsleben finden können. Kein junger Mensch soll zwischen Schule und Arbeitswelt verloren gehen oder jahrelang Warteschleifen durchlaufen, die sie oder ihn letztlich nicht weiterbringen. Wir stehen für eine faire Vergütung für Auszubildende. Noch vorhandene Schulgelder für die Ausbildung wollen wir abschaffen, um den Zugang für alle zu erleichtern. Die zusätzlichen Anreize für die

2. Wie stehen Sie zu unserer Forderung nach einer primärqualifizierenden hochschulischen Ausbildung („Vollakademisierung“) für die Therapieberufe? In welcher Form werden Sie sich einsetzen, die Ausbildung in den Therapieberufen hochschulisch und zeitgemäß zu gestalten? Welche Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung sehen Sie für diese Berufe?

Auf internationaler Ebene ist die hochschulische Ausbildung der Therapieberufe Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie Standard. In Deutschland findet die Ausbildung noch immer überwiegend in (berufsfach)schulischer Form statt. Die Berufsgesetze sind zum Teil über 40 Jahre alt. Eine Reform dieser Gesetze ist überfällig, damit die nächste Generation eine evidenzbasierte Versorgung nach aktuellen Erkenntnissen gewährleisten kann.

Antwort:

Wir GRÜNEN finden, dass die Ausbildung in Therapieberufen in primärqualifizierenden Studiengängen möglich sein muss. Denn es zeigt sich, dass ein Teil der Berufsangehörigen zunehmend komplexere Aufgaben bzw. größerer Versorgungsverantwortung übernimmt, auf die eine Hochschulausbildung angemessener vorbereiten kann. Aus diesem Grund teilen wir die Auffassung des Wissenschaftsrats, dass perspektivisch etwa 10 bis 20 % eines Ausbildungsjahrgangs in den Gesundheitsfachberufen akademisch qualifiziert werden sollten. Ein grundständiges primär qualifizierendes Hochschulstudium ist gegenwärtig aber nur auf der Grundlage einer Modellklausel des § 4 Abs. 5 ff. LogopG möglich. Diese ermöglicht den Hochschulen jedoch nicht, in einem notwendigen Ausmaß eigenständige und wissenschaftsbasierte Ausbildungsstrukturen einzuführen, da nach wie vor die Berufsausbildung das Referenzmodell bildet, an dem sich die Hochschulen orientieren müssen. Hierdurch ist die wissenschaftsbasierte Kompetenzvermittlung nicht in dem gebotenen Umfang möglich und der Anreiz für die Hochschulen zur Einrichtung entsprechender Studiengänge derzeit gering. Aus diesem Grund würden wir eine Gesetzesnovelle auf Bundesebene befürworten.

Gleichwohl teilen wir die Einschätzung des Wissenschaftsrats, dass im Sinne einer zunehmenden Arbeitsteilung im Gesundheitsbereich die akademische

Ausbildung nicht unbedingt für alle Angehörigen der Therapieberufe notwendig ist und verfolgen somit derzeit nicht das Ziel einer Vollakademisierung dieser Berufe. Diese würde den Ausbildungsberuf für die mittleren Bildungsabschlüsse gänzlich schließen, was wiederum eine Verschärfung der Versorgungssituation zur Folge haben könnte. Darüber hinaus muss darauf hingewiesen werden, dass bei allem Verbesserungspotenzial die duale Berufsausbildung in Deutschland im europaweiten Vergleich hohen Qualitätsstandards genügt. In anderen europäischen Ländern fehlt es vielfach an einem geregelten hoch qualifizierenden Ausbildungssegment unterhalb des Hochschulbereichs. Insofern sind die Ausbildungsstrukturen nur bedingt vergleichbar.

3. Wie stellt sich Ihre Partei eine aktive Beteiligung der Therapieverbände zukünftig auf Landesebene vor? Welche Schritte wird Ihre Partei gehen, um die Therapieberufe mit ihrer Fachexpertise einzubeziehen?

Alle Verbände der Therapieberufe fordern von der Politik mehr Beteiligung an Entscheidungen, die ihre beruflichen Belange und die Patient*innenversorgung betreffen.

Antwort:

Politik muss diejenigen miteinbeziehen, die von den jeweiligen politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Wir GRÜNE setzen daher in allen Politikbereichen - so auch bei den Therapieberufen - auf den regen und konstruktiven Austausch mit Vertreter*innen der jeweiligen Berufsgruppen z.B. im Rahmen von Fachgesprächen, Expert*innenanhörungen und weiteren Gesprächsangeboten.

Wie bei den bisherigen Gesetzgebungsprozessen auch, wollen wir weiterhin bei Gesetzesevaluationen die zuständigen Verbände und Interessensvertretungen zusammenbringen, um gemeinsam die beruflichen Belange und die Patient*innenversorgung weiter zu entwickeln.